EP-FH-01-096

D – Was Freiheit schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in:	BAG Demokratie & Recht
Beschlussdatum:	13.10.2023
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu EP-FH-01

Von Zeile 95 bis 96 einfügen:
Europäischen Rat in allen Phasen des Verfahrens nicht mehr mit Konsens, sondern mit qualifizierter Mehrheit abstimmen. Ergänzend kann die Entscheidung vom Rat der EU bzw. vom Europäischen Rat auf den Europäischen Gerichtshof übergehen, wenn die EU-Regierungen nicht innerhalb einer Zeitfrist entscheiden.

Begründung

Eine Depolitisierung über den Gerichtshof kann Ausweg aus der andauernden politischen Blockade im Rat sein bezüglich der Feststellung ob Artikel 2 grundlegend verletzt wird. Die politische Wahl welche Sanktionen verhängt wird, sollte dagegen bei Politiker*innen verbleiben. Dies trägt die Grüne/EFA Fraktion auch im Europaparlament als Kompromiss mit.